Der politische Massentreik und die politische Lage der ...

Eduard Bernstein

…onfisziert gewesen!

Der politische Massenstreik

Vortrag von Ed. Bernstein.



Preis 20 Pfg.

Breslau 1905. Verlag der Volkswacht.

Der politische Massenstreik

und die

politische Lage der Sozialdemokratie in Deutschland

Vortrag gehalten im Sozialdemokratischen
Verein Breslau mit einem Anhang:

Zwölf Leitsätze über den politischen Massenstreik

von Ed. Bernstein.



„Ein Element des Erfolges besitzen sie — Zahlen".
Marx: Inauguraladresse der
Internation. Arbeiterassoziation.

Breslau 1905
Verlag der Volkswacht (O. Schütz).

Inhalts-Verzeichnis.

Vorwort.

Der hier folgende Vortrag ist am 29. Mai 1905 gehalten worden. Er war von vornherein für eine Veröffentlichung in Broschürenform gedacht und wurde deshalb in der betreffenden Versammlung stenographisch aufgenommen. Der leichteren Uebersichtlichkeit halber habe ich ihn für die Broschürenausgabe in Kapitel eingeteilt, sonst aber mich möglichst streng an das Stenogramm gehalten.

Zu letzterem veranlaßt mich vor allem der Umstand, daß ein ausführlicher Bericht über den Vortrag, den die Breslauer „Volkswacht" in ihren Nummern vom 1. und 3. Juni d. Js. als Leitartikel veröffentlicht hatte, Gegenstand einer strafrechtlichen Verfolgung gewesen ist. Zunächst wurden die erwähnten Nummern der „Volkswacht" beschlagnahmt, nach dem Manuskript der Broschüre Haussuchung gehalten und dem Redakteur des bezüglichen Teils der Volkswacht, Paul Löbe, mitgeteilt, daß, falls der Vortrag als Broschüre herausgegeben werden sollte, er ebenfalls der Beschlagnahme verfallen würde. Dann ward gegen Löbe und mich Strafverfolgung eingeleitet, Löbe ward in Breslau und ich an meinem Wohnsitz Schöneberg kommissarisch vernommen, schließlich jedoch nur Löbe unter Anklage gestellt und ich dagegen zur Zeugenschaft vorgeladen. Ich sollte bekunden, ob die von der Breslauer Staatsanwaltschaft inkriminierte Stelle des Berichts mit meinen Ausführungen übereinstimme. Die Anklage lautete auf Vergehen gegen § 130 des Reichsstrafgesetzbuchs.

In der öffentlichen Verhandlung, die am 21. August vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts Breslau stattfand, wurde Paul Löbe, den unser Parteigenosse Karl Liebknecht verteidigte, freigesprochen und die Beschlagnahme der „Volkswacht" wieder aufgehoben. Der amtierende Staatsanwalt hatte sich aus dem Gang der Verhandlung wohl selbst überzeugt, wie wenig das Requisit des angezogenen Paragraphen — Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegen einander — auf Bericht wie Vortrag zutraf und eine unter den obwaltenden Umständen nur als Formel zu betrachtende Geldstrafe von 200 Mark beantragt. Der Gerichtshof fand nach einstündiger Beratung, daß selbst die kleinste Strafe sich nicht rechtfertigen lasse und verkündete völlige Freisprechung.

Die inkriminierte Stelle findet der Leser auf Seite 30 bis Seite 35 dieser Schrift. Ein Vergleich zeigt, daß der Bericht der Volkswacht keinen Satz enthielt, der sich nicht auch im Stenogramm findet. Wäre Löbe verurteilt worden, so hätte — was der Staatsanwalt übrigens hervorhob — auch gegen

mich Anklage erhoben werden müssen. Aber es wird den Lesern dieser Broschüre wohl ebenso gehen, wie den Richtern der Breslauer Ferienstrafkammer: sie werden vergeblich nach einem Satz suchen, der zu Gewalttätigkeiten gegen irgend eine Bevölkerungsklasse auffordert.

Nun noch ein Wort zur Broschüre selbst. Seit ich den Vortrag entworfen, ist bei Kaden u. Co. in Dresden die Schrift von Henriette Roland-Holst: „Generalstreik und Sozialdemokratie" erschienen, die das hier behandelte Thema sicher viel eingehender behandelt und den sehr beachtenswerten Versuch einer ganzen Theorie des politischen Massenstreiks darstellt. Ich mußte mir unter diesen Umständen die Frage vorlegen, ob es danach noch Zweck habe, den Vortrag in den Buchhandel zu bringen, der die in Frage kommenden Probleme, wenn vielleicht etwas volkstümlicher, so doch jedenfalls auch aphoristischer behandelt. Wenn ich zu einer bejahenden Antwort gekommen bin, so namentlich deshalb, weil erstens die spezielle Nutzanwendung auf Deutschland, die den Grundton meines Vortrags abgibt, in der Roland-Holst'schen Schrift naturgemäß fehlt, und weil zweitens auch der Gesichtspunkt, unter dem ich das Thema behandle, sich wesentlich von dem der verdienten Vorkämpferin des Sozialismus in Holland unterscheidet So halte ich unter anderem die Kasuistik des Massenstreiks, die Frau Roland-Holst gibt, für verfehlt. Schließlich aber erreicht eine billige Broschüre, wie die vorliegende, auch ein Publikum, für das Umfang und Preis der jedenfalls lesenswerten Roland-Holst'schen Abhandlung — leider! — genügender Grund sind, sich nicht an sie heranzuwagen.

Ich lasse dem Vortrag als Anhang zwölf Leitsätze über den politischen Massenstreik folgen, die ich in einer Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins des vierten Berliner Reichstagswahlkreises Ost verlas, nachdem ich dort gleichfalls über das Thema referiert hatte, das den Inhalt dieser Broschüre bildet Der Vortrag hatte am 15. August stattgefunden. Wenige Tage darauf entwickelte Dr. Friedeberg in einer großen Berliner Arbeiterversammlung Anschauungen über den Generalstreik als spezifisches Kampfmittel eines „Anarchosozialismus", die es als zweifelhaft erscheinen lassen, ob man ihn noch, wie es im vorliegenden Vortrag geschieht, als sozialdemokratischen Parteigenossen wird bezeichnen dürfen. Friedeberg hat vielmehr die logische Konsequenz seines schon früher eingenommenen Standpunktes gezogen und ist im Begriff, dort zu landen, wo jeder ankommen muß, der den Generalstreik in Gegensatz zur parlamentarischen Betätigung stellt: beim Anarchismus.

Schöneberg-Berlin, den 29. August 1905.

Ed. Bernstein.

Parteigenossen!

Die Frage des politischen Massenstreiks, mit anderen Worten des Streiks als politische Waffe, steht in Deutschland heute in weiten Kreisen der kämpfenden Arbeiterschaft zur Diskussion.

Zunächst wird seit längerer Zeit schon von einer bestimmten Seite für den Generalstreik lebhaft agitiert, und zwar speziell für den Generalstreik im Gegensatz zur Parlamentstätigkeit. Dies geschieht unter Ausspielung folgender Argumente:

Erstens, der Parlamentarismus arbeite viel zu langsam,

Zweitens, der Parlamentarismus habe die Wirkung, die Massen einzuschläfern,

Drittens, der Parlamentarismus entwöhne die Massen von der Selbsttätigkeit.

Das sind die drei Haupteinwände, die gegen den Parlamentarismus von denjenigen ins Feld geführt werden, die an seine Stelle, sozusagen als vornehmstes Befreiungsmittel, den Generalstreik setzen wollen. In Deutschland geschieht dies vorzugsweise von Leuten, denen man kein Unrecht tut, wenn man sie als Anarchisten bezeichnet, und in Frankreich von Leuten, die zwar keine eigentlichen Anarchisten sind, die aber vor allem die Gewerkschaftsbewegung speziell auf den Generalstreik hin zuspitzen wollen, Sozialisten, denen all die kleinen Kämpfe der Gewerkschaften um Lohn- 2c. Verbesserungen nichts sind, die da glauben, durch einen großen allgemeinen Streik unendlich viel mehr ausrichten — unter Umständen die ganze bürgerliche Gesellschaft über den Haufen werfen zu können.

In ähnlicher Weise, aber nicht so stark zugespitzt, faßt ja auch unser Parteigenosse Dr. Friedeberg den Generalstreik auf.

Man tut gut, all diese Argumente vorurteilslos zu prüfen.

1. Der Parlamentarismus und der anarchistische Generalstreik.

Was die erste Behauptung anbetrifft, nämlich, daß der Parlamentarismus zu langsam arbeite — ja, werte Genossen, ich glaube, niemand, der die Dinge näher kennt, wird ihr eine große Berechtigung abstreiten können. Und wenn ich die kurze Zeit überdenke, die ich dank Ihrer selbst im Parlament bin, dann glaube ich auch gesehen zu haben, wie es zugeht, daß diese Maschine so außerordentlich langsam arbeitet. Es wird im Parlament unendlich viel Zeit mit Läppereien vertrödelt. Ob man dafür

einzelne Parteien, einzelne Menschen verantwortlich machen kann oder wen sonst man verantwortlich machen will, ob es im ganzen Wesen dieser Einrichtung selbst liegt — Tatsache bleibt, es wird in den Parlamenten ungeheuer viel Zeit vertrödelt, ungeheuer viel geschwätzt und wenig gesetzgeberische Arbeit verrichtet.

Die Mühle des Parlamentarismus arbeitet in der Tat außerordentlich langsam, sodaß man zuweilen wirklich die Geduld darüber verlieren kann, selbst wenn man so geduldig ist, wie meinetwegen der, der vor Ihnen steht.

Es darf der Parlamentarismus denn auch keineswegs die einzige Aktion der Arbeiterklasse sein, das ist außer Frage. Wenn die Arbeiterklasse wirklich nichts weiter täte, als auf die Parlamente zu blicken, sehnsüchtig auf das hoffend, was da von oben kommt oder geschieht, dann allerdings stünde es um sie sehr schlimm.

Aber es ist in Wahrheit gar nicht der Fall, daß wir Sozialdemokraten, die wir Abgeordnete wählen, die wir uns an der Parlamentstätigkeit beteiligen, und zwar immer stärker beteiligen, daß wir unser alles nur von dem Parlamentarismus abhängig machen, daß in der Bewegung, auf die wir Einfluß haben, nur auf ihn gerechnet wird.

Es braucht also durchaus nicht verschwiegen zu werden, daß der Parlamentarismus, wenn einseitig kultiviert, die Wirkung haben kann, die Massen daran zu gewöhnen, daß sie zu sehr den Blick nach oben richten, zu viel von oben erwarten und erhoffen, und daß ihre Selbstbetätigung auf diese Weise sich verringern und erlahmen könnte. Der Parlamentarismus kann allerdings, wenn der rechte Wille da ist, vieles, aber er kann doch bei weitem nicht alles. Ebensowenig jedoch kann der Streik alles. Wenn man die Frage so formuliert, Parlamentarismus oder Generalstreik, so ist sie von vornherein schief gestellt. In dieser Form ist sie einfach unsinnig, denn die Idee, man konne die bürgerliche Gesellschaft durch einen allgemeinen Streik sozusagen auf einen Schlag beseitigen, ist eine Utopie. Blicken diejenigen, die daran zweifeln, doch einmal um sich, sehen sie sich die gegenwärtige Gesellschaft an, wie sie wirklich beschaffen ist, diesen weitumfassenden, viel verschlungenen Organismus, der aus unzähligen Bestandteilen sich zusammensetzt, die seit Jahrhunderten und Aberjahrhunderten sich entwickelt haben, einen so vielmaschigen Organismus kann man nicht im Handumdrehen umschweißen, das ist undenkbar.

Sehen Sie sich z. B. nur einmal die Stadt Breslau an, die zum größten Teile Industriestadt ist — welche Unzahl von Unternehmungen aller Art finden Sie da noch an. Glaubt etwa jemand, diese Unternehmungen könnten so ohne weiteres, mit einem Schlage, verstaatlicht oder kommunalisiert werden? Das ist ganz undenkbar. Oder glaubt man, die betreffenden Arbeiter könnten diese Fabriken ohne weiteres in Selbstbetrieb übernehmen? Erstens wäre damit im Sinne des Sozialismus noch garnichts getan, wäre noch nichts prinzipiell geändert, und dann wäre auch kaum etwas gebessert. Wir hätten dieselbe Konkurrenzwirtschaft wie heute. Man darf mit Recht behaupten, daß die Vergesellschaftlichung sehr viel schneller von statten gehen könne, als es jetzt geschieht, aber das wird nicht zu einer Zeit der allgemeinen Desorganisation der Fall sein.

Nun aber weiter. Wir haben alle von dem großen deutschen Gewerkschaftskongreß gelesen, der soeben in Köln getagt hat, daß dort 1,250,000 organisierte Arbeiter vertreten waren — eine Zahl, die der kühnste Optimist unter uns vor zehn Jahren kaum für möglich gehalten hätte. So stark ist die Gewerkschafts-Bewegung in Deutschland angewachsen, daß sie in einer ganzen Reihe von Berufen schon der Zahl nach und auch in innerer Ausbildung besser gestellt ist, wie die erste und älteste Gewerkschafts-Bewegung der Welt, die englische, daß sie in mancher Beziehung mit ihr, der englischen, einen Vergleich aushalten kann, und aus diesem bisherigen steten Wachstum der Gewerkschaftsbewegung können wir folgern und hoffen, daß sie noch ganz anderer, noch sehr großer Ausdehnung fähig ist. Eine solche erfolgreiche Gewerkschaftsbewegung nun wäre aber garnicht möglich gewesen ohne eine große Selbstbetätigung der Arbeiterklasse. Schon die bloße Tatsache, daß wir in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die Gewerkschafsbewegung neben der Parlamentstätigkeit haben, zeigt Ihnen, wie es nicht wahr ist, daß der Parlamentarismus die Selbsttätigkeit der Arbeiterschaft notwendig einschläfert, daß vielmehr die Selbsttätigkeit dabei durchaus nicht aufzuhören braucht, noch tatsächlich aufhört.

Leider kann ich auf dieses Thema heute nicht tiefer eingehen. Nur noch soviel sei bemerkt: noch sehr, sehr lange wird die Gewerkschaftsbewegung neben der Parlamentstätigkeit eine große Aufgabe haben. Es läßt sich die Zeit noch gar nicht absehen, wo wir ohne gewerkschaftliche Berufs-Organisationen der Arbeiter auskommen werden; die Gewerkschaften werden immer mehr die Ergänzung, die Stütze, ja in manchen Fällen die Wegweiser der politischen Partei der Arbeiterklasse.

Ferner haben wir noch eine große Genossenschafts-Bewegung der Arbeiter in Gestalt der Arbeiterkonsumvereine, wo auch wiederum zwar nicht alle Mitglieder, so doch eine große Zahl klassenbewußter Arbeiter organisierend und sonstwie selbsttätig am Werke sind.

Dann haben wir die Tätigkeit in den Gemeindevertretungen. Man kann ja auch sie als Parlamentarismus bezeichnen, indes ist es doch eine Tätigkeit anderer Art, als die im Reichs- oder Landes-Parlament. Sie steht neben dieser, ist zugleich ein gutes Stück Verwaltungsarbeit, was ihre Bedeutung sehr erhöht, und gibt wiederum einer ganzen Reihe von Elementen aus der Arbeiterschaft Gelegenheit und Antrieb zu eigener Betätigung. So haben wir noch eine ganze Anzahl von Organen der Betätigung der Arbeiter neben dem Parlamentarismus.*)

Es ist aber auch weder notwendig, noch ist es tatsächlich eingetreten, daß der Parlamentarismus die Massen einschläfert.

Verfolgen Sie die Geschichte der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern, vergleichen Sie sie in denjenigen Ländern, die keine Parlamente oder keine Arbeitervertreter in den Parlamenten haben, mit der solcher

---

*) Es sei nur an die Gewerbegerichte, Arbeitersekretariate, Krankenkassen 2c. erinnert. Manches davon erscheint ja nur klein, aber aus Kleinem baut sich die Welt auf.

Länder, wo eine sozialistische Parlamentstätigkeit besteht, und Sie werden finden, daß dort, wo es ein parlamentarisches Leben und Sozialisten in den Parlamenten gibt, die Arbeiterklasse viel reger und geweckter ist, und demgemäß auch viel stärker an allen öffentlichen Fragen Anteil nimmt, als dort, wo es kein Parlament gibt.

Warum sehnen sich denn in allen Ländern die vorgeschrittenen Arbeiter nach dem Wahlrecht? Aus den Vergleichen, die die Erfahrung liefert, sehen sie, wie unendlich viel schwieriger als in anderen Ländern es bei ihnen ist, die Massen heranzuziehen und zur Anteilnahme am öffentlichen Leben zu erziehen, grade weil sie kein parlamentarisches Leben haben. Es ist erwiesen, daß sich das Interesse der Arbeiter um so leichter dorthin lenken läßt, wo die Gesetze gemacht werden, wenn Vertreter ihrer Klasse dort sitzen. Wo dies der Fall, ist das politische Interesse am regsten, sind die Geister am gewecktesten.

Es ist eine vollkommen willkürliche Annahme, die durch nichts bestätigt wird, daß der Parlamentarismus die Menge einschläfere. Er braucht ja schon um seiner selbst willen die Tätigkeit der Massen. Sie wissen es ja alle an sich selbst, wie Ihre Tätigkeit in jedem Wahlkampfe angespannt wird, wieviel Kräfte in Bewegung gesetzt werden müssen, einen Abgeordneten ins Parlament zu bringen, wieviel aufklärende Tätigkeit erforderlich ist, die Indifferenten aufzurütteln, die noch geistig Schlummernden für die Sache zu gewinnen.

Ich habe keine genaue Statistik darüber, wie groß der Prozentsatz der bei der Wahl tätigen Genossen ist im Verhältnis zur Zahl der Wähler. Jedenfalls ist er ein sehr ansehnlicher und der Kampf überall ein fruchtbringender. Wir haben aus der Geschichte der Sozialdemokratie die Erfahrung gemacht, daß jeder Wahlkampf die Folge hat, nicht nur die großen Massen aufzurütteln, sondern auch der Organisation neue Kämpfer heranzuziehen, die sonst der Bewegung ferngeblieben wären.

Denken Sie sich nun im Gegensatz dazu einmal einen solchen Generalstreik, wie ihn die Anarchisten und die ihnen nahestehenden Sozialisten empfehlen. Stellen Sie sich vor, die große Masse der Arbeiter stellten auf einmal die Arbeit ein, nicht für eine bestimmte abgegrenzte Forderung, sondern weil sie das ganze Wirtschaftssystem nicht mehr haben wollen. Wie sähe es dann um unser soziales Leben aus? Nun, solange es beim bloßen Streik verbliebe, würde eben nur, je länger er sich hinzöge, um so mehr allgemeine Stockung im Handel und Verkehr eintreten, der Kredit würde untergraben, jeder Unternehmermut würde einschlafen, allgemeine Arbeitslosigkeit würde eintreten, und von ihr am allermeisten, am allerschwersten betroffen wäre die Klasse der Arbeiter. Ein solcher Streik würde mit großem Elend für die Arbeiterklasse verbunden sein, aber nichts schaffen, er würde zerstören und nicht aufbauen. Aus diesem Grunde haben auch unsere Gewerkschaftsführer, die eine so große Verantwortung zu tragen haben, vollständig recht, wenn sie sich dagegen wehren, daß man diese Generalstreiks-Idee in ihre Reihen hineinträgt. Die Generalstreiks-Idee, so aufgefaßt, kann nur lähmend auf die Elemente wirken, die die Organisationsarbeit der Gewerkschaften zu verrichten haben.

Wenn ich mir vorstellte, daß es, um die große Masse für die Generalstreiks-Idee zu gewinnen, nur notwendig ist, ihr zu sagen, es sei mit einem Schlage das zu erreichen, was sonst nur durch jahrelange Kleinarbeit geschafft werden könnte, dann wäre ich ja ein Narr, wenn ich mich auf diese Kleinarbeit einlassen wollte. Daher sehen Sie auch, daß fast überall, wo diese anarchistische Generalstreiks-Idee sich in den Köpfen der Arbeiter festgesetzt hat, es um die Gewerkschaftsbewegung herzlich schlecht steht. Dort hält es die Masse eben für überflüssig, die für den Ausbau der Organisation erforderten Opfer zu bringen, da sie in dem Glauben lebt, durch den Generalstreik billiger und schneller zum Ziele zu kommen. Das Interesse an allem, was nicht Generalstreik heißt, schläft ein, er selbst aber ist in der geschilderten Form ein Traum.

Außerdem wollen wir eines nicht vergessen. Wir sprechen von der bürgerlichen Gesellschaft. Diese ist im Staate organisiert, der Staat aber verfügt über eine Macht, die sich uns bei jeder Gelegenheit sehr bedeutend fühlbar macht, und die zu unterschätzen wir daher wahrhaftig sehr wenig Anlaß haben. — Die Staatsmacht ist vertreten oder stützt sich vor allen Dingen auf das stehende Heer, das auch heute noch lediglich den herrschenden Klassen zur Verfügung steht, auch heute noch — wenigstens bei uns in Deutschland — in seiner Disziplin unerschüttert ist.

Es wäre eine große Täuschung, darauf zu rechnen, daß die Soldaten in Deutschland bei einem Kampfe zwischen Regierung und Arbeiterschaft ihren Oberen nicht gehorchen würden. Wohl haben wir eine große Anzahl Söhne von Arbeitern im Heere, die schon mit der Gesinnung ihrer Väter in die Armee eintreten, sie sind jedoch in der Minderheit. Wir können aber mit Sicherheit darauf rechnen, daß, wenn es in absehbarer Zeit zu einem solchen Zusammenstoß kommen sollte, diejenigen, die maßgebend sind, die Elemente schon aussuchen werden, auf die sie sich verlassen können.

Die Macht der Gewohnheit, die eiserne Macht der Tradition des gewaltigen Organismus, den das moderne Heer darstellt, ist so stark, daß es das Volk in frevelhafter Weise täuschen hieße, wollte man ihm erzählen, daß mit der bewaffneten Macht nicht mehr zu rechnen sei. Es ist sehr stark mit ihr zu rechnen.

Auch ist, ganz abgesehen vom Heer, die Widerstandskraft der bürgerlichen Gesellschaft, wenn ihre Existenz wirklich in Frage steht, eine viel größere, als man sich gemeinhin vorstellt; das hat sich schon bei verschiedenen Gelegenheiten gezeigt.

Lassen wir in Kürze einige Beispiele aus der Geschichte sprechen.

Wir hatten ein erstes in London im Jahre 1848, zu einer Zeit also, wo der Revolutionswind durch ganz Europa zog. London war damals radikal, und die revolutionäre Partei der Chartisten wollte eine Art Handstreich ins Werk setzen. Eine Massenversammlung sollte auf freiem Feld in Süd-London zusammentreten und von da in geschlossenem Zug auf das Parlament losmarschieren. Kaum war die Absicht bekannt, so waren in wenigen Tagen 250,000 Bürger als Spezialkonstabler gegen die Chartisten eingeschrieben, und die Chartisten, die man ihre Versammlung

abhalten ließ, konnten ihr Vorhaben nicht ausführen. Ein anderes Beispiel liefert uns Paris im Revolutionsjahr. Im Februar 1848 war das Königtum der Revolution unterlegen, während im Juni des gleichen Jahres, weil die Aufständischen die ganze bürgerliche Gesellschaft gegen sich hatten, die Revolution unterlag. Aehnlich war es 1870/71 in Frankreich mit Kaiserreich und Kommune. Eine Regierung stürzen ist unter Umständen Kinderspiel, ganz etwas anderes aber ist der Umsturz einer Gesellschaftsordnung. Einen Generalstreik unter heutigen Verhältnissen heraufbeschwören, heißt mit großer Wahrscheinlichkeit eine blutige Revolution, heißt mit großer Wahrscheinlichkeit Zustände heraufbeschwören, die zu gewaltsamen Zusammenstößen führen müssen. Nun hat aber die Arbeiterschaft keinen Grund, sozusagen mit ihren Lebensinteressen va banque zu spielen, sondern sie hat die erste Pflicht, das fortzuführen, was sich ihr in der Praxis als förderlich bewährt hat.

---

2. Die Barrikade einst und jetzt.

Indessen, das Vorgeführte erschöpft nicht die Frage, die heute auf der Tagesordnung steht, das heißt, die Frage, ob der Streik überhaupt politisches Kampfmittel sein kann, ob der Streik zu politischen Zwecken ins Werk gesetzt, Mittel zu einer eindrucksvollen, wirkungsvollen Demonstration sein kann, ob er als solches mehr ausrichten kann, als wie die Mittel, über die wir gegenwärtig verfügen, nämlich Presse und Versammlungen. Diese Frage zu stellen, ist schon deshalb wichtig, weil

1. wir gar keine Bürgschaft dafür haben, daß uns nicht eines Tages diese Mittel — Presse und Versammlungen — wieder zu einem hohen Grade verkürzt, wenn nicht unmöglich gemacht werden. Wir haben sie nicht verbrieft, wir haben sozusagen keine Hypothek auf sie; weil
2. auch das so wichtige Mittel der Emanzipation der Arbeiterklasse, das allgemeine Wahlrecht, uns durchaus nicht gesichert ist, und weil
3. die Zuflucht, zu der ehedem die Arbeiterklasse, beziehungsweise das Volk überhaupt, in Zeiten der Bedrängnis, in Zeiten, wo ihnen Rechte weggenommen wurden, zu greifen pflegten, nämlich das Mittel der Barrikade, heute fast durchgängig aufgehört hat, in Betracht zu kommen.

Auf der Barrikade oder mit Hilfe der Barrikade sind sehr große Erfolge erkämpft worden, sowohl in Frankreich und noch mehr in Spanien, als auch bei uns in Deutschland. Was war aber das Geheimnis dieser Erfolge? Alle diese Erfolge datieren mehrere Jahrzehnte weit zurück, die wirkungsvollsten sogar mehr als 50 Jahre. Betrachten wir die Barrikadenkämpfe näher, so spielte bei ihnen allen eine fast entscheidende Rolle der frühere Bau der Straßen. Früher waren die Städte sehr winkelig gebaut, die Straßen eng und krumm. Der Stadtplan der Hauptstädte, die ja sämtlich aus dem Mittelalter stammten, und wo mit fortschreitender Zunahme der Bevölkerung der gegebene innere Raum der Stadt nach Möglichkeit ausgenutzt werden mußte, war ganz systemlos geordnet. Sie sehen dies ja heute noch an den Resten von Breslau-Altstadt: überall krumme, winkelige und enge Straßen.

Durch alle diese Umstände begünstigt, war nun der Bau einer Barrikade oder einer ganzen Flucht von Barrikaden eine ziemlich leichte

Sache, namentlich auch bei der Natur des damaligen Straßenpflasters. Das Pflaster bestand aus unregelmäßig geformten Felssteinen, die Lücken ließen und daher leicht aufzureißen waren. Durch die Straßen liefen Rinnen, die vor jedem Haus mit Bohlen lose überdeckt waren, welche man nur abzuheben brauchte, um sie für den Barrikadenbau benutzen zu können. Eine ganze Reihe von solchen äußerst vorteilhaften technischen Umständen wirkten schon darauf ein, daß der Barrikadenbau außerordentlich schnell vor sich ging und auch sehr wirkungsvoll war.*) Dazu kommt dann noch die Beschaffenheit der früheren Waffen des Militärs, der alten Vorderlader, die sehr umständlich zu behandeln waren, wo jedesmal eine größere Zeit verstrich, bis von neuem geladen war. Die Konstruktion der Gewehre war überaus einfach, und es war ungeheuer leicht, sich für die damaligen Waffen Kugeln zu schaffen. Heute ist das alles anders geworden. Sie wissen alle, wie kunstvoll heute unsere Feuerwaffen sind, wie schnell sie durch den, der die passende Munition hat, geladen werden können, wie nutzlos dagegen ein Gewehr für den ist, der die betreffende Nummer der Patrone oder wie sonst die Hülse heißt, nicht hat — wie jedes Gewehr nur für eine bestimmte Ladung gearbeitet wird, wie die Herstellung solcher Ladung eine immer kompliziertere Sache wird und daß es erheblicher technischer Vorkenntnisse bedarf, um mit einem Gewehr umgehen zu können, auf das man nicht vorher eingeübt ist. Also schon mit Rücksicht auf die Beschaffenheit der Kampfmittel wird es außerordentlich schwer, ja fast unmöglich, den Kampf mit der bewaffneten Macht aufzunehmen; drüben die außerordentlich vervollkommneten, weittragenden Waffen, hier die Schwierigkeit, sich auch nur einigermaßen gleichartige Waffen mit passender Munition zu beschaffen Sie sehen, wie sehr die Verhältnisse für den Straßenkampf andere sind, als 1848. Damals konnte sich das Volk, vom Militär angegriffen, schnell hinter bald errichtete Barrikaden zurückziehen, heute kann es dies nicht mehr, heute käme auch so bald keine so nahe Berührung zwischen Soldaten und Kämpfern zustande wie damals. Infolge der Natur ihrer Waffen und der Beschaffenheit der Straßen kamen die Soldaten gewöhnlich dem Volke auf Sprechweite nahe, es fanden Verhandlungen statt, man rief sich Mahnrufe zu, das Volk hatte die Möglichkeit, die Soldaten moralisch zu bearbeiten, die oft nur in kleineren Trupps in die engen Straßen eindringen konnten. Wenn aber das Heer fest blieb, dann hatte es selbst damals die größten Chancen des Erfolges für sich, so sehr ist die organisierte Macht der improvisierten überlegen. Die Hauptaufgabe der Volkskämpfer war immer, die Soldaten durch alle möglichen Mittel der Hinziehung des Kampfes zu ermüden. Da wurden von den Dächern, aus den Fenstern Steine und schwere Gegenstände auf die Soldaten geworfen, bei jedem Schritt vorwärts ihnen neue Hindernisse bereitet, neue Fallen gestellt. Die Soldaten konnten so voll-

*) Die Häuser waren mittelgroß, leicht zu erklettern, hatten, so eng die Straßen waren, oft große, mit einander in Verbindung stehende, in Neben- oder Hinterstraßen einmündende Höfe, und andere, den Volkskämpfern günstige Eigenheiten mehr.

ständig nervös gemacht und abgemattet werden, daß sie schließlich eben nicht mehr dazu zu bringen waren, weiterzukämpfen. Diese Vorteile, die der revoltierenden Bevölkerung ehedem in die Hände gegeben waren, sind heute fast nirgends mehr vorhanden, das heutige Pflaster eignet sich sehr schlecht zum Barrikadenbau, die breiten geraden Straßen können aus jeder Entfernung mit Präzisionswaffen von furchtbarer Wirkung bestrichen werden, die Dächer der Häuser sind schwer zu erreichen, und den dicht die Häuser entlang vorrückenden Soldaten erreicht kein von oben herabgeworfener Stein. Es wäre daher ein bodenloser Leichtsinn, wenn wir heute etwa wieder Barrikadenkämpfe provozieren wollten.

---

3. Der Streik als Waffe der Arbeiter.

Soll das Volk aber darum alles ruhig über sich ergehen lassen, was den jeweiligen Machthabern beliebt? Soll es sein Geschick vollständig von der Gnade oder der guten Laune derjenigen abhängig machen, die gerade die Macht in den Händen haben? Oder sollte es nicht noch andere Mittel haben, seinen Willen geltend zu machen? Wenn wir uns die Frage so stellen, wenn wir uns fragen: welches ist denn nun diejenige Waffe, die dem Volke, heute also den Arbeiterklassen, in ihren Kämpfen zur Verfügung steht, außer denen, die ihnen jeweilig durch Gesetze gegeben sind, außer den Waffen der unmittelbaren Ueberredung; welches ist die Waffe, die dem Volke, wenn ihm schon von ihm besessene Rechte genommen oder lange fällig gewordene Rechte vorenthalten werden, welches ist dann die Waffe, die der Arbeiter, das Volk heute noch hat? — werte Genossen, so gefragt, antworten wir: Die stärkste Waffe des Arbeiters ist die freie Verfügung über seine Arbeitskraft, das stärkste Kampfmittel die Arbeitskraft der in den großen Zentren in immer größerer Zahl sich anhäufenden Massen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich rechne dazu alle Arbeiter in Fabrik und Werkstatt, die Angestellten in Bureaux, Läden und Comptoirs und alle, die in öffentlichen Betrieben tätig sind, sie alle verfügen durch ihre Arbeitskraft über ein Stück vom Muskel- und Nervensystem des heutigen Wirtschaftsorganismus. Auf ihnen, auf ihren Schultern ruht das ganze heutige Wirtschaftsleben, und in der Praxis, da haben es die Arbeiter im Kleinen ja schon erfahren, welche Bedeutung das hat: Die Verfügung über ihre Arbeitskraft: da haben sie es erprobt, daß, wenn alle Mittel des Verhandelns versagen, sie dadurch, daß sie zeitweise die Arbeit einstellen, die Unternehmer zwingen, ihnen Zugeständnisse irgend welcher Art zu machen. Diese Waffe ist heute so eingebürgert, daß sie, die vor fünfzig Jahren noch als unerhörte Auflehnung gegen die soziale Ordnung galt, die als eine Art Verschwörung betrachtet wurde, im wirtschaftlichen Kampfe schon allgemein als selbstverständlich hingenommen wird, obgleich sie auch da ihre üblen Seiten hat. Selbst diese Waffe übrigens suchen die kapitalgewaltigen Unternehmer den Arbeitern heute möglichst aus der Hand zu winden. Bisher freilich ohne Erfolg.

Die Arbeiterschaft hat unter den schwierigsten Umständen Streiks aufgenommen, sie hat viele scheinbar aussichtslose Streikkämpfe mit Erfolg durchfochten und hat von dieser Waffe nicht gelassen, auch wenn sie zeitweilig im Streik unterlegen ist.

Wenn Sie die Geschichte der modernen Arbeitseinstellungen mehrere Jahrzehnte zurück verfolgen, so werden Sie finden, daß früher die übergroße Mehrzahl der Arbeitseinstellungen verloren gingen. Und auch heute ist der Prozentsatz der Streiks, die verloren gehen, noch ein sehr, sehr großer. Aber doch verzichtet kein Arbeiter auf diese Waffe, und hat der Arbeiter das Recht, nicht auf sie zu verzichten. Gleich nach

einem verlorenen Streik, schon nach sehr kurzer Zeit, sehen wir ihn häufig wieder zu dieser Waffe greifen und auch vom taktischen Standpunkte aus mit vollständigem Recht. Was scheinbar oder formell ein Verlust, ist tatsächlich oft ein materieller Gewinn. Sehr gut hat dies auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß ein Gegner des Generalstreiks, der Genosse Bömelburg, dargelegt.

In seiner Rede sagte er nach dem Protokoll des Gewerkschaftskongresses:

„Ich will hier nicht verfehlen zu erklären, daß die deutschen Gewerkschaften alle Veranlassung haben, dem Unfug entgegenzutreten, der sich in der Presse und zum Teil auch in Versammlungen breit macht, daß man, wenn mal ein Streik nicht mit einem unmittelbaren Erfolg endigt, von einer großen Niederlage redet. (Lebhaftes Sehr richtig). Ich erinnere Sie an den Kampf von 1890 und 1891. Damals sprach man auch von großen Niederlagen der Gewerkschaften, in Köln prophezeite man sogar darauf hin, daß die Gewerkschaften nicht stark genug seien, den Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen — und was haben wir nach jener Zeit erlebt? eine gewaltige Entwickelung der Gewerkschaften, und statt Niederlagen Sieg auf Sieg. Die praktische Erfahrung hat uns häufig genug gezeigt, daß ein Streik, der nicht mit einem unmittelbaren Erfolg endigt, in ganz kurzer Zeit aus einer Niederlage zu einem Siege ward. Oftmals wird innerhalb eines Jahres die Forderung der Arbeiter bewilligt, weil die Unternehmer zum zweiten Mal einen solchen Kampf nicht wieder durchmachen wollten."

Selten ist eine Kraftentfaltung der Arbeiterschaft völlig verloren. Gar mancher Streik würde nicht gewonnen werden, wenn er nicht als Vorläufer einen verlorenen Streik gehabt hätte. Schon das bloße Bewußtsein, daß die Arbeiter organisiert sind, daß sie Schulter an Schulter zusammenstehen und so imstande sind, eine Macht auszuüben, wirkt auf das Unternehmertum und auf den ganzen Verlauf des Kampfes. Wir haben leider keine Statistik der Erfolge der Streikbewegungen — England ist in dieser Hinsicht besser daran —, hätten wir sie, so würde sich zeigen, wie große Erfolge in materieller und moralischer Beziehung durch das Mittel des Streiks für die Arbeiterklasse erzielt wurden.*) Und noch einmal sei es gesagt, auch der scheinbar verlorene Streik ist als Kraftentfaltung ein Faktor im Ringen zwischen Arbeitertum und Unternehmerklasse, im Kampf der organisierten lebendigen Arbeitskraft gegen das Spiel der freien Konkurrenz. Und ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich sage, heute ist der Streik so gut eine Wissenschaft geworden, wie die Kriegsführung überhaupt. Wie die Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen, so ist auch der gewerkschaftliche Streik eine Wissenschaft, die an der Hand der Erfahrung ausgebildet worden ist, eine Wissenschaft, die uns lehrt, alle in Betracht kommenden Faktoren auf ihren Wirkungswert nach Wahrscheinlichkeitsmomenten abzuschätzen. Und im gleichen Sinne müssen wir auch den politischen Streik wissenschaftlich zu betrachten suchen.

---

*) Hunderte von Millionen in Geldwert, hunderte von Millionen in Stunden freier Muße reichen nicht aus, die Vorteile zu veranschaulichen, die der Arbeiterschaft allein in Deutschland durch das Mittel des Streiks erkämpft wurden.

4. Politische Streiks früherer Zeiten.

Der politische Streik, werte Genossen, ist ja keine Erscheinung erst von heute oder gestern. Ich weiß nicht, ob es hier schon ausgeführt worden ist, wir haben, wenn wir von dem sagenhaften Massenstreik der Juden in Aegypten absehen wollen, der nach der Bibel ausbrach, weil die Beamten des Pharao den jüdischen Ziegelarbeitern nicht das nötige Stroh zum Ziegelbrennen lieferten, und am Ende der Dinge die Folge hatte, daß Pharao mit seinen Truppen im roten Meer ertrank; wenn wir von dieser Sage absehen, so haben wir im Altertum noch einen anderen berühmt gewordenen Massenstreik, der zwar etwas von der Ueberlieferung ausgeschmückt sein mag, aber im Kern gewiß auf Tatsachen beruht: ich meine den Auszug der Plebejer aus dem alten Rom, der sich etwa 500 Jahre vor unserer Zeitrechnung abspielte. Damals stand das alte Rom im Zeichen eines Klassenkampfes ähnlicher Art, wie er in Deutschland im Mittelalter zwischen den Geschlechtern und den Zünften bestanden hat. Was bei uns im Mittelalter die alteingesessenen und bevorrechtigten Geschlechter waren, das ungefähr waren in Rom die Patrizier. Ihnen standen — von den Sklaven abgesehen, die politisch nicht zählten — die von der Regierung der Stadt ausgeschlossenen freien Volksklassen gegenüber, die man zusammenfassend die Plebejer nannte. Diese waren allmählig kraft ihrer wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung zu einem gewissen Ansehen gelangt und verlangten nun politische Rechte, die ihnen vorenthalten wurden. Viele von ihnen waren unter anderem infolge der rücksichtslosen Handhabung der Steuergesetze in große Schuldknechtschaft geraten und der brutalsten Ausbeutung durch die Patrizier unterworfen. Auch wurden sie, die in den Kriegen die Massen der Soldaten stellten, bei Verteilung der Beute schnöde abgefunden. Sie lehnten sich dagegen auf, und da wurde im Jahre 494 vor unserer Zeitrechnung in Rom die Diktatur eingeführt, angeblich gegen den äußeren Feind, tatsächlich aber gegen den inneren, das heißt die Plebejer. Nach der Sage zogen sie daraufhin aus Rom fort und schlugen draußen auf einem Berge, der später der heilige Berg — mons sacer — genannt wurde, ihr Lager auf. Wie die Sage weiter erzählt, sei dann der Senator Menenius Agrippa zu ihnen hinausgezogen und habe dem Volke die Fabel von dem Streik der Glieder gegen den Magen vorgetragen. Es habe die Glieder, so soll er ausgeführt haben, eines Tages verdrossen, daß ihre Arbeit und Dienstleistung immer nur Nahrung für den Magen herbeischaffe, der Magen

aber in der Mitte nichts weiter tue, als bequem zu verdauen. Die Glieder hätten sich also verabredet, dem Magen keine Nahrung mehr zuzuführen. So ließen sie den Magen hungern, die Folge davon aber sei gewesen, daß der ganze Körper mit allen Gliedern krank wurde. Da sei es diesen klar geworden, daß sie, die Glieder, nicht bestehen könnten, wenn der Magen nicht von ihnen Nahrung für sein Verdauungswerk bekäme. Durch diese schöne Legende sollen sich die Plebejer haben bereden lassen, zurückzukehren, um fortan für den patrizischen Magen zu sorgen. Tatsächlich aber lag die Sache etwas anders. Es ist ganz gut, in unserer Zeit etwas mehr von dem Auszug zu hören, der jedenfalls in irgend einer Form stattgefunden hat, denn so viel wir aus der Geschichte Roms wissen, stammt die Einrichtung der Volkstribunen im alten Rom aus jenen Tagen her. Die Plebejer erhielten, um sie zur Rückkehr zu bewegen, Volkstribunen zugebilligt, von ihnen erwählte unverletzliche Vertreter, die ihre Rechte wahrzunehmen hatten gegen den Senat, die den Sitzungen des Senats beiwohnen durften und gegen die Beschlüsse des Senats ihr Veto, das heißt ihr Nein, einlegen durften, durch das den Beschlüssen die Gesetzeskraft entzogen wurde. Sie hatten damit ein großes Maß politischen Rechts erlangt, das schrittweise immer mehr erweitert wurde, bis schließlich die unter ihrer Leitung vorgenommene Volksabstimmung allgemeine Regel wurde, das heißt die Bestimmung, daß, nachdem die Tribunen es verlangt hatten, das Volk in direkter Abstimmung über Annahme oder Ablehnung der Gesetze entschied.

Von jenem Auszuge her datierte also in Rom die Demokratisierung des Staatslebens.

Dann hatten wir im Mittelalter in Deutschland allerhand Arbeitseinstellungen von Handwerksgesellen, Streiks, die manchmal einen recht kleinlichen Charakter trugen, sich anscheinend nur um Lappalien drehten, indirekt aber sich doch darauf richteten, wenn auch nicht politische Rechte im heutigen Sinne, so doch allerhand Gerechtsame zu erringen und sich zu erhalten, die damals eine gewisse soziale Bedeutung hatten. Es gab Streiks im späteren Mittelalter, die sich außerordentlich lange hinzogen und doch mit einem Sieg der Arbeiter geendet haben. Ich erinnere nur an den Streik der Bäckergesellen Colmars von 1495, der zehn Jahre gedauert hat und sich um den Platz bei den öffentlichen Umzügen drehte.

---

5. Die politischen Massenstreiks der Neuzeit.

In unserer Zeit kommt als erste Streikbewegung der Arbeiterklasse zu politischen Zwecken der politische Streik der Chartisten Englands in Frage. Zum ersten Male legten hier 1839 im August Arbeiter in größerer Zahl die Arbeiter nieder, um die Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts durchzusetzen. Die Chartisten wollten durch allgemeine Arbeitseinstellung einen sogenannten heiligen Monat herbeiführen, der eine den Zeitverhältnissen unserer Epoche angepaßte Neuauflage des Auszugs der Plebejer auf den heiligen Berg sein und das Parlament nötigen sollte, das allgemeine Wahlrecht zu gewähren. Ihr Versuch ist fehlgeschlagen, und auf Grund dieses Fehlschlagens wurde lange Zeit hindurch der Generalstreik als eine undurchführbare, unsinnige Idee bezeichnet.

Untersucht man aber die Ursachen der damaligen Niederlage genauer, so wird man finden, daß dieser Streik, wie übrigens auch andere mißlungene politische Streiks, geradezu widersinnig in die Wege geleitet worden war, daß von irgend welcher planmäßigen Ausführung nicht die Rede war, daß die politischen Arbeitseinstellungen der Chartisten von 1839 und 1842 übereilt und ohne irgendwelche leistungsfähige Organisation ins Werk gesetzt wurden.*)

Spontan aus der Masse heraus ist dann 1893 in Belgien so etwas wie ein politischer Streik ins Werk gesetzt worden, und der war erfolgreich. Damals hatten die belgischen Arbeiter seit längerer Zeit für eine Wahlreform agitiert und organisiert gekämpft. Das Wahlrecht in Belgien war derartig beschaffen, daß nicht nur die Arbeiter, sondern auch die große Masse des Kleinbürgertums vom Wahlrecht ausgeschlossen war, und auch andere Parteien Belgiens nahmen an der Bewegung für die Wahlreform Anteil, irgend welche Reform des Wahlrechts war garnicht mehr aufzuschieben. Selbst die am Ruder befindliche klerikale Partei war nicht imstande, die Sache noch lange hinzuhalten.

---

*) Nach einer in sozialistischen Kreisen verbreiteten Auffassung wurden 1842 die chartistischen Arbeiter durch die Bourgeoisie zum Massenstreik veranlaßt. Das ist nur halb richtig, soweit es aber zutrifft, beweist es nur die Unreife der Bewegung und die Unfähigkeit ihrer maßgebenden Führer. Das Jahr 1842 war ein Jahr großen Geschäftsdrucks und infolgedessen großer Arbeitslosigkeit — die ungünstigste Vorbedingung für Streiks im allgemeinen und eines politischen Streiks im besonderen.

Und da hier eine Frage vorlag, in der das Recht ganz evident auf seiten des arbeitenden Volkes war und mit ihm auch noch andere Parteien im Kampf gegen die Regierung standen, so drang seine Aktion damals durch. Es wurde im Frühjahr 1893 in Brüssel, in verschiedenen Provinzialstädten und namentlich auch in den Grubendistrikten gestreikt, der Streik hatte als unmittelbare Folge das Versprechen der Regierung, ganz bestimmt die Wahlreform durchzuführen, und tatsächlich ward das Wahlrecht der ganzen männlichen Bevölkerung Belgiens, allerdings mit gewissen Unterschieden, gegeben; dies die belgische Bewegung von 1893.

Erwähnt sei aber, daß in Belgien damals nicht einmal in der Hauptstadt Brüssel die Arbeiterschaft in annähernder Gesamtheit die Arbeit eingestellt hatte, sondern überall nur ein Teil der Arbeiter. In ganz Belgien hat nach übereinstimmenden Berichten etwa ein Zehntel der Arbeiter gestreikt, und doch war dies genug gewesen, um die Wahlreform herbeizuführen.

Erinnert sei noch daran, daß etwa um dieselbe Zeit in Oesterreich zwar nicht ein Generalstreik ausbrach, aber großartige Demonstrationen der Arbeiter Wiens stattfanden, die einen ähnlichen Charakter trugen. Durch Massenspaziergänge in den Straßen Wiens gelang es den Arbeitern, die spruchreif gewordene Reform des erbärmlichen Wahlsystems, wie es bis dahin in Oesterreich bestand, auf die Tagesordnung zu setzen, und das Parlament, das die Durchführung einer ziemlich radikalen Regierungsvorlage verweigert hatte, dahin zu bringen, wenigstens etwas an dem alten Wahlrecht zu ändern. Zwar schlecht genug ist die Aenderung schließlich ausgefallen, sie ist sehr mangelhaft, aber immerhin haben die Arbeiter einen Anfang von Wahlrecht bekommen.

Dann waren in diesem Jahrhundert in den Jahren 1902 bis 1904 drei Bewegungen, die wir für die Frage des politischen Massenstreiks in Betracht zu ziehen haben; der zweite Wahlrechtskampf in Belgien, Ostern 1902, der Generalstreik der organisierten Arbeiter in Holland im April 1903 und der Generalstreik der Arbeiterschaft in Italien im Frühjahr 1904.

Von diesen Bewegungen ging der Kampf der Belgier diesmal verloren, obwohl er weit größere Massen auf die Beine gebracht hat, als der von 1893. Warum? Einmal hatte die Bewegung, obgleich die liberalen Parteien sich mit dem Ziele einverstanden erklärt hatten, doch als Streik die Liberalen gegen sich. Zweitens ist der Streik unzweifelhaft unter dem Eindruck des leichten Erfolges von 1893 überstürzt ins Werk gesetzt worden, infolgedessen konnten die Massen auch leicht auseinandergejagt werden. Es muß auch noch folgendes hinzugefügt werden: Der erste politische Streik in Belgien vom Jahre 1893 war der Höhepunkt einer tiefgreifenden, das ganze Volk aufrüttelnden Bewegung gewesen. Das arbeitende Volk Belgiens war bis dahin im Staate rechtlos gewesen, und nun forderten die erwachten Arbeiter mit Leidenschaft ihre Rechte. Es war damals leicht gewesen, in den Städten die Gemüter aller im Volke gegen die Regierung zu

erregen. Der zweite belgische Streik war gegen ein Pluralwahlrecht gerichtet, das, so verwerflich es ist, doch kaum größere Ungleichheiten schafft, als wie sie heute unser Reichstagswahlrecht infolge der schreienden Ungleichheit der Wahlkreise aufweist. Die breite Masse des Volks empfand den Druck nicht sehr stark, das Kleinbürgertum in den Städten war als Klasse eher bevorteilt, selbst viele Arbeiter haben in Belgien Pluralstimmen, und so fehlte dem Massenstreik der tiefe Resonanzboden im Volke. Er blieb in der Hauptsache eine Demonstration der Partei. Er zündete nicht, und darum endete er, trotzdem weit mehr Arbeiter gestreikt hatten als 1893, mit einem Fehlschlag.*)

Aehnlich lag es 1903 in Holland. In Holland war im Januar 1903 im Anschluß an einen Streik von Hafenarbeitern ganz spontan ein Streik von Eisenbahnangestellten ausgebrochen, die Güter nicht befördern wollten, welche von Arbeitswilligen auf die Bahn gebracht worden waren. Dieser spontan eingetretene Streik war siegreich, weil sehr weite Kreise der Bürgerschaft aus einer gewissen Gefühlsregung heraus mit den Arbeitern sympathisierten, sich zum Teil ganz offen auf ihre Seite stellten. Als dann aber die Regierung eine Vorlage einbrachte, die unter Hinweis auf die Sicherung des Verkehrs den Kontraktbruch von Eisenbahnangestellten mit schweren Strafen bedroht, und die organisierten Arbeiter daraufhin den Massenstreik versuchten, da sind sie allerdings unterlegen. Mängel der Organisation, Indifferenz des Publikums haben die Hauptrolle dabei gespielt. Es wäre aber auch ein Unding zu glauben, daß ein Generalstreik nach drei oder vier Wochen so einfach wiederholt werden kann. Das wird immer ein bedenkliches Experiment sein, auch wenn der erste Streik guten Erfolg gehabt hat.

In Italien hat der politische Massenstreik, der im September 1904 gespielt hat, eigentlich kein rechtes Ziel gehabt. Die Massen traten, um gegen eine Schießerei zu protestieren, in den allgemeinen Ausstand; die Behörden ließen die Streikenden im allgemeinen ruhig gewähren, es wurde friedlich demonstriert, ohne etwas Bestimmtes zu fordern oder zu erreichen, außer daß der Minister versprach, es solle nicht mehr auf Streikende geschossen werden, und dann gingen die Arbeiter auf Weisung die Partei wieder ruhig an die Arbeit. Also ein Generalstreik, der unter dem Gesichtspunkt des Erfolges weder für noch gegen etwas beweist,

*) Von einer Seite in der Sozialdemokratie wird immer wieder behauptet, der belgische Massenstreik von 1902 sei deshalb fehlgeschlagen, weil die Führer der belgischen Sozialdemokratie damals zu viel mit den Liberalen „geliebäugelt" hätten. So noch jüngst am 21. August Klara Zetkin in einer Berliner Versammlung (vgl. den „Vorwärts" vom 23. August). Tatsächlich war der Streik von 1902 gegen den Widerspruch der Liberalen ins Werk gesetzt und ist abgebrochen worden, weil die Delegierten der großen Mehrheit der Arbeiterverbände, vor allem die der Textilarbeiter, es verlangten. Ich halte es für notwendig, dies hier festzustellen, weil die vorerwähnte Legende, die nur geeignet ist, das Problem zu verdunkeln, auch in der Roland Holst'schen Schrift Aufnahme gefunden hat, allerdings in taktvolleren Ausdrücken und nur als Wiedergabe von Ansichten anderer, aber sie hat doch genügt, die Verfasserin von einer unbefangenen Würdigung der betreffenden Vorgänge abzuhalten.

aber jedenfalls ungeheure Massen in musterhafter Disziplin in die Aktion gebracht hat.

Das sind die letzten Bewegungen, die wir als vorläufig abgeschlossen zu verzeichnen haben.

Dann kommen noch die bedeutsamen Generalstreiks, die mit der großen Straßen-Demonstration der Arbeiter Petersburgs im Januar dieses Jahres unter der Führung Georg Gapons angefangen und sich in ganz Rußland fortgepflanzt haben, eine mächtige Bewegung, von der wir hoffen wollen und meiner Ansicht nach auch hoffen dürfen, daß sie mit der Revolution, der siegreichen Revolution für Rußland enden wird.

Genossen! Wir haben freilich sehen müssen, wie man unsere russischen Brüder niedergehauen und niedergeschossen hat. Wir kennen noch heute die Zahl der Opfer nicht, die hingemordet wurden. Wir wissen nur, daß die Demonstrationen viel Leben gekostet haben, daß bei ihnen viel Arbeiterblut geflossen ist. Sollen aber wir diese Bewegung deshalb verurteilen, weil sie zunächst mit Niederlagen endete. Sollen wir deshalb sagen, daß es ein Fehler war, daß es frivol war, sie überhaupt zu beginnen?

Wenn wir sehen, wie der russische Despotismus beschaffen ist, wenn wir ferner sehen, wie starr diese Regierung auf ihrer Machtvollkommenheit beharrt, wie noch während des Krieges, der die Kräfte des Landes in Anspruch nahm, das Volk unter dem verschärften Despotismus zu leiden hatte, wie noch während des Krieges der damalige, jetzt freilich aus den Reihen der Lebenden gestrichene Minister Plehwe sogar eine Semstwo, das heißt eine nur aus Angehörigen der besitzenden Klassen zusammengesetzte Kreisvertretung auflöste, bloß weil sie Mittel zur Volksbildung bewilligte, wenn wir in dem Kriege die Korruption der zarischen Beamtenschaft zum Schaden von Leben und Gesundheit von Tausenden und Abertausenden sich entfalten sehen, dann werden wir uns auch sagen, es mußte einmal aus dem Volke heraus eine gewaltige Bewegung kommen und sich in Demonstrationen von elementarer Gewalt Luft machen, welche Opfer sie auch kosten sollten. Diese Opfer sind aber nicht vergebens gebracht worden. Die Toten, die der Zarismus auf dem Gewissen hat, sind nicht umsonst gestorben. Die Arbeiter haben ihr Blut nicht umsonst in die Schanze geschlagen.

In Rußland geht die Bewegung weiter, auf das ganze Volk geht sie über, erfaßt alle Klassen der Bevölkerung. Natürlich braucht sie Zeit, sich durchzusetzen. Man muß sich überhaupt eine Revolution nicht so vorstellen, als ob sie heute gemacht wird und morgen schon einen Erfolg hat.

Vergessen Sie nicht, daß 1789 in Frankreich, wo ein viel schwächeres Königtum zu überwinden war, wo die Revolution viel leichteres Spiel hatte, doch die Dinge sich nicht so einfach abspielten, wie wir sie heute im Geiste vor uns sehen. Wir sehen überhaupt die Geschichte etwas zu sehr in ähnlicher Weise an, wie man die Dinge auf dem Theater sieht: hier ist ein Versatzstück, dort ein Stein, dort ein Berg, — wir sehen alles

unmittelbar hintereinander und meinen, es liege nichts dazwischen. In Wirklichkeit ist es aber nicht so.

Schon 1792, drei Jahre nach dem Ausbruch der großen Revolution, drei Jahre nach dem Bastillensturm, wollte Marat verzweifelnd auswandern, weil er an einen Fortgang der demokratischen Entwickelung nicht zu glauben vermochte.

Und nun erst das schwerfällige Rußland! Nicht der fünfte Teil der Bevölkerung wohnt dort auf demselben Raum wie in Deutschland. Daraus können Sie folgern, wie viel Zeit dort jede Bewegung braucht und welche Macht der Despotismus infolgedessen dort noch hat. Aber die Bewegung ist da, und wenn der Krieg seinen Fortgang nimmt, dann wird um so größer die Niederlage sein. (Bravo!) Die Demonstration der russischen Arbeiter ist dann nicht umsonst gewesen! Wo eine solche Erbitterung vorhanden ist, wo der allgemeine Unwille sich gegen eine Spitze richtet, wie in Rußland, da wird eine derartige Demonstration nicht nur notwendig, sondern auch von großem Nutzen sein.

---

6. Was Hamburg lehrt.

Wir können aus all den Tatsachen, die ich vorgeführt habe, zunächst soviel folgern, daß der politische Generalstreik oder der politische Massenstreik keine Sache ist, die man ganz nach Willkür heute oder morgen ins Werk setzen kann, daß die Idee des Generalstreiks keine Sache ist, mit der man leichtsinnig spielen darf, daß wir vielmehr allen Grund haben, jegliche Provokation nach dieser Richtung hin zu unterlassen. Aber wir können aus den erbrachten Tatsachen **keinen Grund entnehmen, den Gedanken ganz abzulehnen.**

Die Verhältnisse spitzen sich gerade bei uns in sehr verhängnisvoller Weise zu, sie entwickeln sich bei uns in solcher Gestalt, daß sie das Volk zwingen können, zur schärfsten Form der Demonstration eines Tages seine Zuflucht zu nehmen.

Es handelt sich auf der einen Seite um die Erkämpfung politischer Rechte, die längst fällig sind und dem Volke noch immer hartnäckig vorenthalten werden, und wir haben auf der anderen Seite mit einer noch schlimmeren Eventualität zu rechnen, mit der Beeinträchtigung, der Verkürzung und womöglich der Aufhebung schon bestehender Rechte. Wir haben nach meiner Ansicht zu rechnen mit der Absicht einer Revision, d. h. **einer Verkürzung bezw. Verschlechterung des jetzigen Reichstagswahlrechts.** Viele, darunter auch Bömelburg und andere, meinten in Cöln, es sei unnötig, die Frage auf die Tagesordnung zu setzen, man dürfe überhaupt nicht so viel von der Sache reden, dadurch gewöhne man die Leute erst an den Gedanken. Ja, werte Anwesende, diese Auffassung hat etwas für sich, Sie kennen ja das Sprichwort:

„Wenn man den Wolf nennt,
So kommt er gerennt."

Man kann unter Umständen wirklich zu viel von einer Gefahr reden und sie dadurch erst auf die Tagesordnung bringen. Hier liegt die Sache indes so, daß auch wenn wir nicht von der Bedrohung des Reichstagswahlrechts reden, die anderen desto mehr darüber sprechen. Sehen wir uns doch mal um. Lesen wir die Presse unserer Gegner, lesen wir die Reden unserer Gegner, die sie halten, wenn sie unter sich sind, wie im preußischen Landtage. Ist nicht da gerade in diesen Tagen von neuem gegen das Reichstagswahlrecht losgezogen und auf seine Beseitigung hingearbeitet worden von Leuten, die auf gewisse Schichten der herrschenden Klassen einen großen Einfluß haben? Es sind gerade zwei Mitglieder aus dieser Provinz, die das große Wort geführt haben, es sind Schlesier. — Sie können stolz darauf sein. — Da ist Limburg-Stirum. (Zurufe.) Sie sagen „Pfui", aber er hat doch nur offen ausgesprochen, was viele andere seiner Partei und Klasse

denken. Dann ist da Herr v. Kardorff, der nach seiner eigenen Erklärung jeden Augenblick bereit ist, das Reichstags-Wahlrecht zu beseitigen.

Ueberall hören Sie solche Stimmen, die sich gegen das allgemeine, gleiche und direkte Reichstagswahlrecht richten. Und wenn uns irgend wie noch Zweifel in dieser Sache kommen könnten, wenn wir über das Bestehen solcher Absichten auch nur einen Augenblick im Zweifel wären, dann hätte **Hamburg uns die Zweifel genommen.**

Werte Anwesende, Sie haben kürzlich hier in diesem Saale einen Vortrag aus kompetentem Munde über die Hamburger Wahlentrechtungs-Kampagne gehört. Ich möchte diejenigen, die Hamburg genau kennen, einmal fragen, ob sie vor noch acht Wochen es für möglich gehalten hätten, daß dort heute eine derartige Wahlentrechtungsvorlage auf die Tagesordnung gebracht werden könne. Die Wahlprivilegien der Notabeln und Grundeigentümer im Staate Hamburg machten es unmöglich, daß die Sozialdemokratie jemals die Mehrheit in der Bürgerschaftsvertretung erhalten konnte. Trotz alledem aber wurde die Entrechtungsvorlage eingebracht! Sie haben gehört, wie wenig selbst vom Standpunkt der herrschenden, der besitzenden Klassen Hamburgs eine Wahlrechtsänderung dort notwendig ist. Wenn wir bedenken, daß Hamburg über 200,000 Reichstagswähler hat, aber nur 57,000 Personen zur Stimmabgabe für die Bürgerschaftsvertretung berechtigt sind, so sehen wir **schon heute weit über 100,000 Arbeiter der Hansastadt politisch entrechtet.** Auf diese Weise ist natürlich auch die Anzahl der Vertreter der Arbeiter im Hamburger Staatsparlament um so geringer.

Das nationalliberale Mitglied der Bürgerschaft, Dr. Wolffsohn, hat nachgerechnet, daß von den Wahlbezirken Hamburgs infolge der Klassenzugehörigkeit ihrer Bewohner mindestens dreißig den bürgerlichen Parteien sicher sind. Demgemäß könnten die Sozialdemokraten beim bisherigen System es im Höchstfalle auf 50 Vertreter bringen, denen wenigstens 110 bürgerliche Stimmen gegenüberständen, da den Vertretern des Grundbesitzes, den Vertretern des Gerichts, der Behörden und der höherer Schulen 80 Sitze als fester Bestand vorbehalten sind. Es mag der eine oder der andere von den Notabeln vorgeschrittenere politische Meinungen haben, es sind doch aber alles Leute, die durch ihre Klasseninteressen gegen den sogenannten Umsturz zusammengehalten werden. Und trotzdem war den Reaktionären dieses Wahlsystem, das der bestehenden Ordnung für alle Fälle eine Zweidrittelmehrheit sichert, noch nicht reaktionär genug, es mußte noch im Sinne der Verminderung des Wahlrechts der Arbeiterwähler abgeändert werden.

Und, werte Anwesende, wozu brauchte man diese Verschlechterung? Es heißt, weil ohne sie eines Tages keine Verfassungsänderung mehr möglich wäre, der die Sozialdemokratie nicht zustimmte, da das Grundgesetz für sie eine Dreiviertelmehrheit vorschreibt. Ja, sind denn die Hamburger sozialistischen Arbeiter nicht auch Hamburger Staatsbürger? Sind sie nicht als solche nach der Verfassung gleichberechtigt?

Warum sollen also nicht auch sie gegen ihnen nicht zusagende Beschlüsse ihr Veto haben. Welcher Art von Verfassungs-Aenderung würden die Arbeiter sich denn widersetzen? Ganz sicher nur einer antidemokratischen. Erklärtermaßen ist der ganze Feldzug nur ins Werk gesetzt worden als Maßregel im Feldzug gegen die Demokratie.

Und nun ist es ziemlich laut ruchbar geworden, daß der Anstoß zu dieser Rückwärts-Reform, zu dieser Verschlechterung des Wahlrechts, von sehr hochgestellter Seite von außen her gekommen ist. Wir sind auf Kombinationen angewiesen, wer die sehr hochgestellte Person sein soll, die den Hamburger Großkaufleuten die Aenderung der Verfassung nahegelegt hat. Wir sind aufs Raten angewiesen und können deshalb hier auch keine Namen nennen. Die Vermutung, wer es sein kann, liegt aber ziemlich nahe, wenn man weiß, welche hochgestellte Persönlichkeit mit den großen Hamburger Rhedern intim befreundet ist, die in der Elbstadt den Ton angeben. (Bewegung).

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Wenn irgendwo eine Bewegung ausbricht, die so impulsiv, so leidenschaftlich vorgeht, so gewalttätig zu werden beginnt, daß sie alle Grundlagen der gegebenen Gesellschaft gewaltsam zu zerstören droht, dann kann man es begreifen, daß die Vertreter dieser Gesellschaft in ihrer Not zu allen Mitteln greifen, die ihnen jeweilen zur Verfügung stehen! Das ist schon wiederholt in der Geschichte dagewesen und ist auch begreiflich.

Aber davon lag absolut nichts in Hamburg vor. — Ganze dreizehn Vertreter hatten die Arbeiter in Hamburg im Bürgerschaftssaale sitzen, gegen 167 Vertreter der anderen Parteien, und diese dreizehn Vertreter der Arbeiter sind durchaus sachlich vorgegangen, haben keinen Umsturzantrag gestellt, sondern ruhig sich an den parlamentarischen Beratungen beteiligt. Sie haben allerhand Reformen in der Verwaltung verlangt, aber sie haben nichts verlangt, was das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft gewaltsam erschüttern würde, weil sie den gewaltsamen Umsturz einer Gesellschaftsordnung überhaupt für unmöglich und unausführbar hielten. — Es lag absolut kein zwingender Anlaß vor, und doch hat man diese Gesetzesverschlechterung ins Werk gesetzt!

Was sollen die Hamburger Arbeiter, die ohnehin in ihrem Recht schon gekürzt sind, nun tun? Sollen sie die Verkürzung ihrer Rechte ruhig über sich ergehen lassen? Die das Stück Reaktion ins Werk gesetzt haben, wissen natürlich sehr gut, daß die Arbeiter Zeitungen und Organisationen hinter sich haben und protestieren werden, protestieren in der Presse und in Versammlungen. Aber solche Proteste greifen niemanden an die Nieren. Proteste in Wort und Schrift, über die geht man, wenn man den Willen und die Macht zum Entgegengesetzten hat, zur Tagesordnung über!

Gewiß habe ich nichts dagegen, in Versammlungen zu protestieren, seine Stimme vor seinen Mitgliedern laut geltend zu machen! Aber werte Genossen, wir leben nicht mehr in der Zeit, wo die Mauern von Jericho durch Posaunentöne umgefallen sind. Auch wenn

alle unsere Redner Stimmen wie Posaunen hätten, würden sie bloß dadurch, daß sie die Posaunenstimmen ertönen lassen, nicht das geringste an den Dingen ändern, die Herzen der Wahlrechtsräuber in keiner Weise erschüttern. Hier handelt es sich um eine Machtfrage. Wo die Gegensätze sich so weit zugespitzt haben, da hilft kein bloßes Ueberredenwollen. Da werden andere Beeinflussungsmittel notwendig, da gilt es alsdann, den Willen und die Kraft des Widerstandes in möglichster Deutlichkeit zu offenbaren, so deutlich, daß der Manifestation gegenüber die andere Seite sich der Wucht der Willensäußerung und der aus ihrer Ignorierung erwachsenden Gefahren nicht verschließen kann.

Werte Genossen, ich habe schon vorhin beim Streik im gewöhnlichen Gewerkschaftskampfe gesagt, daß nicht jede Niederlage schon eine endgiltige ist, daß es Niederlagen gibt, die in sich den Keim künftiger Siege tragen. Aber **eine Niederlage, die man kampflos über sich ergehen läßt, die demoralisiert,** die entkräftet, die entmutigt, die bringt insbesondere den ohnehin schon viel zu vielen Indifferenten, den Halben, den Lauen, den Flauen, die bringt allen diesen und auch manchem sonst Kampffreudigen nur das Gefühl bei: „Ach, es nutzt ja doch alles nichts!"

Soll es so sein? Keiner von Euch wird das wollen. Kann es aber anders sein, wenn man sich einen solchen Wahlrechtsraub ruhig gefallen läßt, wenn man einer derartigen Entrechtung gegenüber kampflos nachgibt? Diese einfache Erwägung muß uns den Gedanken nahe legen, daß, wenn solche Dinge vor sich gehen, wie jetzt in Hamburg, es bei bloßen Leitartikeln und Protestversammlungen unmöglich verbleiben kann, soll nicht schon von vornherein der Eindruck eines schwächlichen Zurückweichens erweckt werden. Schiller, der große Dichter, den wir Deutschen erst vor kurzem gefeiert haben, drückt das für seine Zeit in den Worten aus:

„. . . . . Nichtswürdig ist die Nation, die nicht
Ihr alles freudig setzt an ihre Ehre!"

Dies gilt aber nicht nur nach außen hin, wo es unter Ausspielung nationaler Vorurteile so leicht mißbraucht werden kann, sondern, und meist noch viel mehr, im Innenleben der Nationen vom Volk als beherrschter Klasse. „Nichtswürdig ist das Volk, das nicht sein alles an die Verteidigung seiner Rechte wagt!"

Es gibt Momente im Volksleben, wo man lieber eine Niederlage erleiden muß, als ohne Niederlage sich ein Recht nach dem anderen nehmen zu lassen.

Und, Genossen, es gibt ein Gefühl im Menschen, das Gefühl der Würde, das ihn nicht lassen darf, wenn er sich nicht selbst aufgeben soll. Ein solches Gefühl der Würde muß in jedem Arbeiter wohnen, und ich frage mich, **ob die Würde der Arbeiterklasse es verträgt, daß sie ohne gewaltige Demonstration einen Schimpf über sich ergehen lassen soll, wie er ihr gegenwärtig in Hamburg zugemutet wird!**

---

7. Was Massenstreik heisst.

Werte Genossen! Ich bin der letzte, der diese Frage als eine einfache Sache leichtfertig, obenhin nimmt. Ich gebe ohne weiteres zu: Es ist eine ernste, äußerst schwierige, gewichtige Angelegenheit: es ist kein Kinderspiel, um was es sich handelt! Ueberlegen Sie sich nur, was es heißt: Generalstreik, politischer Massenstreik, Straßen-Demonstration. Das geht nicht so einfach, dessen bin ich mir vollständig bewußt. Was ist und was heißt das: Massenstreik? Nicht nur die Fabrikarbeiter müssen da streiken. Denken Sie sich z. B., daß hier bloß die Arbeiter der Waggon-Fabriken von Linke, Hofmann usw. und ähnlicher Geschäfte streikten und streikend zu Hause blieben, wer würde alsdann davon getroffen? Am allermeisten doch nur die Arbeiter selbst, die Fabrikanten litten gewiß auch, aber doch nicht so sehr, und etwas Schaden hätten auch die Leute, die die Maschinen ꝛc. später als ausgemacht bekommen würden — auf die Allgemeinheit aber machte das allein noch keinen Eindruck oder wenigstens nicht den Eindruck, der erzielt werden müßte, soll der Streik als politische Demonstration von Wirkung sein. Ebenso würde die Wirkung immer noch nur mäßig sein, wenn auch noch die Handwerksarbeiter streikten und ebenfalls streikend zu Hause blieben. In unserer Zeit ständiger Vor- und Ueberproduktion ließe sich das eine gute Weile ertragen. Nein, es ist noch viel mehr nötig, um die Allgemeinheit fühlbar zu treffen. Wenn die herrschende Klasse fest entschlossen ist, etwas durchzusetzen, so wird sie sich durch Streiks, die nicht weiter gehen, nicht davon abhalten lassen.

Wir wollen auch noch folgendes überlegen. Nehmen Sie an, der politische Streik werde anders ins Werk gesetzt, er werde so ins Werk gesetzt, daß er tatsächlich die großen Massen der breiten Allgemeinheit trifft. Das kann nun nur ein Streik derjenigen Arbeiter, welche beteiligt sind an den Einrichtungen des großen Verkehrs, der Zufuhr, Bearbeitung und Lieferung der Lebensmittel; diese Arbeiter müßten alsdann die ersten sein. Sie sind aber — die einen (Eisenbahner ꝛc.) wegen ihrer Abhängigkeit, die andern (Fleischer, Bäcker ꝛc.) wegen ihrer Zersplitterung, d. h. weil bei ihnen die Kleinbetriebe noch eine große Rolle spielen, in der Regel die zuletzt zum Streik zu Bewegenden. Nehmen wir indes an, diese alle streikten, selbst dann ist es noch zu bezweifeln, ob ein solcher Streik den erhofften Erfolg haben wird. An Gütern irgend welcher Art wird es den herrschenden Klassen nämlich von allen zuletzt mangeln. Ob sie bestellte Kleidungsstücke und dergleichen verschiedene Wochen zu spät erhalten, wird ihnen in erregten Zeiten ziemlich gleichgiltig sein, denn sie haben gefüllte Garderoben. Sie haben ebenso auch

die Mittel, wenn die Lebensmittel wirklich rarer werden sollten, sich solche viel eher anzuschaffen, wie etwa das Volk. Selbst mit dem Verkehrsstreik ist daher die Sache möglicherweise immer noch nicht getan, sofern er nicht sehr lange dauerte, was aber gerade die Volksmasse schwer treffen würde. Es würde selbst hier nicht beim bloßen Streik verbleiben können.

Ich kann mir aber auch einen wirklichen Massenstreik gar nicht anders denken, als daß die streikenden Arbeiter nicht still zu Hause bleiben, sondern daß die Arbeiter sich nun auch in den Straßen sehen lassen werden, daß die Straßen angefüllt werden mit streikenden Volksmassen! Da wird man mir sagen: „Das geht nicht, da kommt die Polizei, da kommt das Militär und jagt die Massen auseinander.“ Damit müssen wir allerdings rechnen, ich gebe das ohne weiteres zu. Aber vergessen Sie die andere Seite nicht: **Solches Einschreiten der Polizei, solches Aufgebot von Militär ist dann schon in sich selbst ein Zeichen dafür, daß mehr vorliegt, als gewöhnliche Versammlungen und dergleichen, es ist schon in sich selbst ein Zeichen, daß es im Volke tief gärt.** Das macht mehr Eindruck, als unsere schönsten Reden, unsere flammendsten Artikel. Und wenn die Gärung wirklich tief ist, dann erscheint die Masse trotz Polizeiverbot doch wieder in den Straßen. Daß dann verhaftet wird, daß es dann hier und da bei den erhitzten Gemütern zu einem Handgemenge kommt, das mag sein. Aber es muß unter Umständen riskiert werden.*) Werte Genossen! Ich bin vielleicht von allen hier im Saale Anwesenden derjenige, der am meisten für die friedliche, gesetzliche Entwickelung eingenommen ist, — aber unter einer Bedingung: die friedliche, gesetzliche Entwickelung muß eben Entwickelung sein. Sie muß die Möglichkeit, sie muß die Sicherheit des vielleicht langsamen, aber doch des sich vollziehenden Fortschrittes in sich tragen. Wenn sie das nicht ist, dann ist das Wort Friede einfach eine Lüge! Und schließlich gilt auch hier das alte, französische Sprichwort: Man kann nicht Eierkuchen backen, ohne Eier zu zerschlagen. Was sein muß, muß dann eben getragen werden. Es muß dann eben etwas gewagt werden! Ohne Wagnis geschieht nichts in der Geschichte! Auch in früherer Zeit haben benachteiligte Klassen, Klassen, die der Arbeiterklasse in der Entwickelung vorangegangen sind, nicht ruhig alles über sich er-

---

*) Es ist mit Bezug auf die hier entwickelte Form des Massenstreiks das Wort vom „passiven Widerstand“ gebraucht worden. Das ist aber sehr irreführend. Es handelt sich nicht um Passivität. Schon der einfache Streik ist, obwohl er Nicht-Arbeiten heißt, kein passives Verhalten. Im Enthalten von der Arbeit liegt bei ihm schon ein sehr bestimmtes Tun, eine je nachdem sehr energische Aktion. Sie steigert sich, wenn der streikende Arbeiter durch die Straßen zieht. Und in einer Situation, wie die hier vorausgesetzte, würden die streikenden Massen, auch ohne Gewalttätigkeiten an Personen zu verüben, oder sich in einen von vornherein aussichtslosen Kampf mit der bewaffneten Macht einzulassen, Mittel und Wege genug finden, eine wirkungsvolle Aktivität zu bekunden. Man kann das ruhig ihrer Findigkeit überlassen, sofern es ihnen nur in Fleisch und Blut übergegangen ist, daß der wahre Sinn des politischen Streiks Obstruktion heißt.

gehen lassen. Die sind am wenigsten davor zurückgeschreckt, ein paar Eierschalen zu zerbrechen. Die sind noch ganz anders vorgegangen. Als im Jahre 1832 in England die bürgerliche Wahlreform auf der Tagesordnung stand und die Lordskammer sich dieser Reform widersetzte, da sind nicht weniger als elf Schlösser in die Luft gegangen. Die Reaktion ward durch alle möglichen Mittel in Furcht und Schrecken gehalten. Die führenden Minister waren schließlich nicht imstande, offen auszufahren, ohne daß Steine in ihre Equipagen flogen. Auch 1866, in der zweiten Wahlbewegung, ging es nicht ganz ohne zerbrochene Eierschalen ab, wenn auch der Kampf sich in zivilisierten Formen hielt. Beim großen Massenmeeting der Reformliga, der die Polizei nicht den Hydepark überlassen wollte, wurde die ganze Umzäunung des Hydeparks von der Volksmenge niedergerissen. Erst der Kampf um die dritte Wahlreform, die im Jahre 1884 erfolgte, spielte sich ganz und gar in friedlichen Formen ab. Was zeigen uns all die französischen Revolutionen? Daß etwas riskiert werden mußte, wenn etwas gewonnen werden sollte! Und ich habe das Vertrauen zu der deutschen Arbeiterschaft, daß sie sich nicht scheuen wird, im Notfall auch ihre Haut zu Markte zu tragen, wenn Wort und Schrift sich als erfolglos gegen ihre Entrechtung erwiesen haben. Ich schwärme nicht für solche Vorgänge, ich weiß, daß sie eventuell große Opfer erfordern, daß Menschenleben dabei auf dem Spiele stehen. Aber wer wollte unter jeder Bedingung davor zurückschrecken? Ich sage noch einmal: Friedliche Entwickelung, wenn sie nur irgend möglich ist, mit allen unseren Mitteln. Mit all den Mitteln, die uns zu Gebote stehen, wollen wir unsere Werbe-Arbeit fortsetzen in den Gewerkschaften, Genossenschaften und in den Gemeinden. Wir wollen den Fortschritt, sehen aber bei uns politischen Rückschritt auf allen Gebieten des staatlichen Lebens!

Da ist in Preußen das nichtswürdige, verrottete Dreiklassen-Wahlsystem, das über anderthalb Millionen Wähler unvertreten läßt und unerschüttert fortbesteht. In vielen Gemeinden wird das Klassen-Wahlsystem noch verschlechtert. Und wir sehen weiter die Wahlrechtsattentate in Hamburg, in Lübeck! Wir mußten es erleben in unseren Tagen, daß die Bergarbeiterschutznovelle, welche ein Stück Fortschritt darstellen sollte, im preußischen Landtage von den Herren des Dreiklassenwahlsystems in jeder Weise verstümmelt worden ist. Und hier muß ich Ihnen ein Geständnis machen, Genossen: Wir sind wirklich, ich kann es nicht anders ausdrücken, **in manchen Dingen etwas stumpf geworden!** Wir haben alle mit angesehen, wie die Herren im Landtage an der Verkümmerung der Bergarbeiternovelle arbeiteten, und ich habe damals sorgfältig aufgepaßt, ob denn in unserer Presse oder sonst in unseren Kreisen auch nur ein Wort dahin ertönen werde, daß, wenn die Herren im Landtage ihre Verschlechterungsanträge aufrecht erhielten, der Zeitpunkt gekommen sei, nun einmal im ganzen Lande ordentliche Demonstrationen gegen das infame Dreiklassen-Wahlsystem ins Werk zu setzen. Was meint Ihr, wie viel Stimmen sich in diesem Sinne erhoben haben? **Nicht eine**. Man hat nur davon gesprochen, daß, wenn

der Landtag die Novelle nicht in der richtigen Form bewilligt, sie vor den Reichstag kommen werde. Ja, werte Genossen, daß die Sache vor den Reichstag gebracht wird, dafür bin ich nach Lage der Dinge auch. Ich habe gewiß gern mit eingestimmt, daß eine entsprechende Vorlage im Reichstag eingebracht werde, und es mag ja auch darin eine gewisse Drohung liegen. Aber ist die Sache damit wirklich am Ende? Ist es wirklich die höchste Klugheit, alles auf eine Karte zu setzen und sich immer wieder auf den Reichstag zu verlassen?

Wie ich darüber denke, ist bekannt. Indeß, wenn es nun einmal geschieht — und niemand kann den Wahlkampf zum Reichstag höher einschätzen, als ich, niemand das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht höher einschätzen, als der, der vor Ihnen steht, dann müssen wir es uns selbst sagen und müssen es auch unsere Gegner wissen lassen, **daß wir zum Aeußersten entschlossen sind, wenn es einmal nötig werden sollte, dieses Wahlrecht zu verteidigen! Daß wir bereit sind, gegebenenfalls es mit allen Mitteln, mit Einsetzung unserer ganzen Person zu schützen.** (Stürmische Zustimmung.)

---

8. Keine Provokation, aber Mut und Entschlossenheit.

Wir wollen das nicht provozieren. Im Gegenteil. Ich bin gerade dafür, daß wir jede provozierende Sprache unterlassen. Wir sollen energisch kämpfen, aber wir sollen nicht zwecklos verbittern, wir sollen uns nicht zwecklos Gegner schaffen, wo es nicht notwendig ist! Es schadet durchaus nichts, wenn wir dort, wo etwas Gutes geschieht, dies auch offen anerkennen.

Wir haben eine große und mächtige bürgerliche Klasse gegen uns, eine Klasse, aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzt; die einen, gewalttätige Egoisten, andere geneigt, die Hand zum Fortschritt zu bieten. Es ermutigt diese und entwaffnet jene, wenn jeweilen ruhig von unserer Seite anerkannt wird: Hier liegt ein Fortschritt vor. Das ermutigt auch unsere eigenen Leute, zeigt ihnen, daß ihr Mühen und Agitieren nicht vergeblich war, daß es vorwärts geht.

Was wir tun können, werte Genossen, um keine gewaltsamen Katastrophen eintreten zu machen, tun wir gern. Wir weisen keine ehrlich dargebotene Mitwirkung zurück. Natürlich können wir selbst mit den aufrichtigsten Reformern aus anderen Lagern nur soweit gehen, als wir uns nicht selbst dadurch aufgeben, als Energie und Eifer bei uns nicht darunter leiden. Da gibt es eine Grenze, das Eintreten für unsere besonderen Grundsätze und Ziele darf nicht erlahmen. Wir müssen alle unsere Kräfte aufwenden, um durchzusetzen, was wir nur irgend können.

Aber es kann dies alles geschehen, ohne sich in solchen Gehässigkeiten zu ergehen, die uns Gegner schaffen, wo keine zu sein brauchen. Ich wenigstens, das darf ich Ihnen sagen, ich habe immer *mehr Wert darauf gelegt, Begeisterung zu erwecken, als Gehässigkeiten auszusprechen.* Energisch den Kampf für das als recht erkannte aufzunehmen, mutig und entschlossen den Kampf zu führen, zu begeistern für die Größe unserer Sache, aber die kleinen Gehässigkeiten, die nur verbittern, nach Möglichkeit zu unterlassen, das wollen wir, ich meine, das *sollen* wir tun! Dann aber wollen wir auch ruhig und ohne Furcht den Ereignissen entgegengehen, ihnen mutig ins Gesicht sehen, entschlossen, jederzeit so zu handeln und das zu tun, was die Umstände von uns erheischen. Wenn es dann eintritt, daß trotz alledem die Herrschenden dazu übergehen, dem Volke schon ausgeübte Rechte wieder zu nehmen, wie es jetzt in Hamburg der Fall, wenn es eintritt, daß sie sich daran machen, ein Grundrecht des deutschen Volkes, das heute ohnehin schon kümmerlich genug ist, ihm noch weiter zu verstümmeln, zu verkümmern oder ganz zu nehmen, wenn dann die stärksten Demonstrationsmittel notwendig werden, dann werden wir nicht zurückschrecken, **durch den Streik** *und auf der Straße zu demonstrieren*, **mag da kommen, was da wolle.**

Ein Volk darf sich nicht alles bieten lassen! Ich wiederhole, auch Niederlagen haben zu gewissen Zeiten ihre großen Wirkungen gehabt. Es ist aber nicht nötig, daß das Ende des Volkswiderstandes absolut eine Niederlage sein muß. Ihr braucht die Sache nicht so pessimistisch anzusehen, Genossen. So stark ist heute schon die Arbeiterschaft, insbesondere in der Hauptstadt und den großen Zentren des Landes, so gewaltig sind die Heere von klassenbewußten Arbeitern, daß, wenn sie nur annähernd vollzählig die Straßen unserer Großstädte durchziehen, dies ausreichen kann, auf der Gegenseite die größte Verwirrung zu verursachen. Es ist möglich, daß wenn die in der Zahl liegende Wucht der Arbeiterklasse mit der nötigen Zähigkeit und Energie entfaltet wird, durch diese Demonstration allein den Gegnern der Mut sinkt und sie von ihrem Vorhaben Abstand nehmen. Es ist nicht nötig, daß unter allen Umständen eine Niederlage eintreten muß, aber selbst vor der anscheinend sicheren Niederlage dürfen wir unter gewissen Umständen nicht zurückschrecken, statt kampflos klein beizugeben. Kampfesmut ist auch ein moralisch wirkender Faktor und wir müssen in allen unseren Kämpfen die moralischen Faktoren vollauf berücksichtigen. Es ist nicht wahr, daß nicht in jedem Menschen mindestens eine kleine Anlage, ein verstecktes Gefühl vorhanden ist für Gerechtigkeit. In solchen Situationen gilt es aber, bei möglichst vielen dieses Gefühl zu wecken, bei allen, wo es möglich ist, an das zu appellieren, was groß und erhaben ist in der Menschen-Natur. Inzwischen jedoch wollen wir uns vornehmen, im Werbekampf nicht zu erlahmen: zu agitieren und zu organisieren, den letzten Mann, der organisationsfähig ist, zu organisieren in der Gewerkschaft, zu organisieren in der politischen Partei, wollen wir alles aufbieten, unsere Sache zu fördern und unsere Kadres zu stärken, wollen wir immer und immer wieder jedem Arbeiter zurufen, daß er ein Verräter an seiner Klasse, ein Verräter an seiner Familie, ein Verräter an seinen Kameraden sei, wenn er sich den Organisationen fernhält.

Wir müssen unser Möglichstes tun, unsere Organisationen zu einer solchen Macht heranzubilden, daß schon dieser Macht gegenüber den Gegnern die Lust zu Reaktionsexperimenten vergeht. Wenn aber die herrschenden Gewalten ihre Reaktionsgelüste nicht dämpfen können und Miene machen, wichtige Rechte der Arbeiterklasse anzutasten, dann ist es Zeit, so aufzutreten, daß die Stimme der Arbeiter weithin gehört wird; dann müssen wir auch zu jenen Waffen greifen, die uns außer der Presse und den gewöhnlichen Versammlungen zur Verfügung stehen.

Parteigenossen! Wir gehen ernsten Zeiten entgegen, sehr ernsten Zeiten. Wir sehen nicht alles, was in den anderen Kreisen vorgeht. Was Sie aus den Parlamenten hören, was die gegnerischen Vertreter da aussprechen, das wird oft ganz wo anders vorgedacht und vorherbesprochen. Es war kein anderer als Bülow, der vor einem Jahr im Reichstag davor warnte, die Wahlrechtsfrage irgendwie aufzurollen, weil sonst einflußreiche andere Kreise nicht mehr zu halten sein würden, mit ihren Revisionsplänen aufzurücken.

Wir sehen auch sehr ernsten wirtschaftlichen Zeiten entgegen. Im nächsten Jahre treten die neuen Handelsverträge ins Leben. Schon jetzt werfen sie ihre Schatten voraus. Sie werden es als Arbeiter ja wissen und am eigenen Leibe nur zu sehr fühlen, wie sehr die Nahrungsmittel des Volkes im Preise gestiegen sind. Wenn Gerechtigkeit herrschte, dann dürften die neuen Getreide- und Viehzölle gar nicht erst in Wirksamkeit treten. Denn angesichts der Preise, mit denen wir es schon heute zu tun haben, und die sowohl für Getreide, als namentlich für Fleisch, heute schon erheblich höher sind, wie seit langer Zeit, angesichts dieser Preise von irgend einer Notlage und Schutzbedürftigkeit der Landwirtschaft zu sprechen, wäre der größte Hohn, den man sich denken kann. Und nun lassen Sie zu diesen Preisen hinzu erst noch die neuen Zölle in Wirksamkeit treten! Lassen Sie, wie es schon angekündigt ist, dazu noch einige Industrien, denen als Kompensation für unsere Agrarzölle die Ausfuhr verlegt ist, ins Ausland wandern — auf wen wird das alles zurückfallen? Auf wen anders, als auf die Arbeiterklasse! Und wenn Ihr Euren Lebensbedarf noch teurer zu bezahlen haben werdet als jetzt, wenn die großen Massen der Arbeiterklasse und der Beamten mit ihren Gehältern nicht mehr auskommen werden, weil alle Lebensmittel im Preise gestiegen sind, dann wird sich das in weiterer Lähmung des Absatzes der Industrie geltend machen und neue Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Die Zeiten werden ernster — es kann sogar die Zeit kommen, wo auch bei uns absolut notwendig werden wird, was seiner Zeit in England eingetreten ist, daß angesichts zunehmender Teuerung das ganze Volk aus Selbsterhaltungstrieb durch eine große Demonstration rufen muß: **Herab mit den Preisen, nieder mit den Zöllen!** Die Arbeiter können durch ihr ureigenstes nacktes Lebensinteresse, durch ihre dringendsten Lebensbedingungen zu diesem Ruf gezwungen werden.

Soll die an Zahl und Intelligenz so starke deutsche Arbeiterklasse vor dem Widerstand der Agrarier das dann nicht durchsetzen können, was die Arbeiter anderer Länder erreicht haben? Auch diese Frage bedarf der Antwort. Darum, werte Genossen, ist es heute mehr als je notwendig, die Mittel zu prüfen, welche der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe zur Verfügung stehen, unsere Rüstkammern genau durchzusehen, und wenn Umstände eintreten, die uns zwingen, von stärkeren Mitteln Gebrauch zu machen, als wir sie jetzt anwenden, werden wir dann auch dazu entschlossen sein? Diese Frage müssen wir uns beantworten. Und ich denke, Genossen, diejenigen, die mir bisher durch ihre Zurufe immer wieder zugestimmt haben, die werden auch damit einverstanden sein, daß diese Frage mit „Ja“ beantwortet werden muß. Wenn die Zeiten schwerer werden, dann sollen sie uns nicht mutlos finden. Es gilt noch das Wort, das ich Euch schon einmal hier von dieser Stelle zugerufen habe, das Wort unseres großen Dichters Schiller. Es gilt für uns heute mehr als je, wir haben es uns heute mehr als zu irgend einer früheren Zeit einzuprägen:

„Und setzet Ihr nicht das Leben ein,
Nie wird Euch das Leben gewonnen sein!“

* *
*

Nach Beendigung des Vortrages wurde von der Versammlung einstimmig die folgende Resolution beschlossen:

> Die heutige Versammlung des Breslauer sozialdemokratischen Vereins erklärt angesichts der in Hamburg und Lübeck geplanten Wahlentrechtungen und ähnlicher Vorgänge in den Kommunen, daß es notwendig ist, in solchen Fällen, wo dem Volke wirkliche Rechte genommen werden sollen, zu stärkeren Demonstrationen als bisher zu greifen, und daß gegebenenfalls der politische Massenstreik hierfür ernsthaft in Betracht zu ziehen ist, des weiteren drückt die Versammlung den Hamburgern Sympathie zu ihrem Kampfe gegen die verwerfliche Wahlentrechtungsvorlage des Senats aus und hofft, daß sie nichts, was in ihren Kräften steht, unversucht lassen werden, dieses frivole Reaktionsmachwerk zu Fall zu bringen.

Von einer Debatte des Vortrages im Einzelnen ward für den Abend abgesehen und die Erörterung auf eine spätere Sitzung des Vereins vertagt. Ich nahm daher nur noch das Wort zu einigen kurzen Schlußbemerkungen.

Schlusswort.

Es tut mir unendlich leid, daß ich Ihre Debatte nicht mehr werde anhören können. Ich hätte mich gern kürzer gefaßt, denn es liegt mir daran, auch Ihre Meinungen zu hören. Ich werde aber doch wenigstens durch die „Volksmacht" erfahren, ob und welche Aussetzungen an meinen Ausführungen aus Ihren Kreisen gemacht wurden.

Ueber eines werden wir uns wohl alle einig sein, nämlich darüber, daß die Frage eine sehr ernste ist. Ob wir Gegner oder Anhänger des politischen Streiks sind, keiner nimmt die Frage leicht.

Es wäre ebenso frivol, einen solchen Streik eines Tages ganz ohne weiteres ins Werk setzen zu wollen, wie es nach meiner Ansicht auch leichtfertig wäre, die Frage der Waffe des politischen Streiks absolut zu verneinen. Es kann sich ja niemand verheimlichen, daß Zeiten kommen können, wo andere Formen des Kampfes, als wie die heutigen notwendig sein werden. Ich sage nochmals: Was an uns liegt, ohne Preisgabe unserer Ziele und Aufgaben diese Zeit nicht herbeizuführen, das soll geschehen. Aber wir können nicht verbürgen, was auf der anderen Seite geschieht, und darum eben macht uns die Zeit die Beschäftigung mit diesem Gedanken zur Pflicht.

Es liegt mir nahe, noch einen Gedanken hier auszuführen, der eigentlich gegen mich sprechen oder wenigstens nach meiner Ansicht gegen mich ins Feld geführt werden könnte.

Man kann nämlich folgendes sagen: Gewiß, die bürgerliche Gesellschaft, der Kapitalismus, der Industrie-Feudalismus, der Adel, die Monarchie, sie alle haben das Heft noch in der Hand, sie sind heute noch stark genug, dem Volke politische Rechte nehmen zu können, wie sie noch stark genug sind, die reaktionärsten Einrichtungen aufrecht zu erhalten. Aber eines können sie nicht: Sie können die Entwickelung der Arbeiterklasse nicht aufhalten! Bei allem, was sie tun, können sie es nicht verhindern, daß die Arbeiterklasse trotz ihrer Bemühungen an Zahl immer stärker wird. Im Leben der Völker kommt es aber nicht auf ein, zwei oder ein halbes Dutzend Jahre an. Die Arbeiterschaft wird weiter wachsen als notwendiges Produkt unserer wirtschaftlichen Entwickelung, gegen die selbst die stärkste Reaktionsmacht auf die Dauer nichts ausrichten kann, und es wird der Tag kommen, wo sie so stark an Zahl, so groß an Bedeutung für die ganze Gesellschaft geworden sein wird, daß dann so zu sagen der Palast der Herrschenden ihrem Druck keinen Widerstand mehr leisten kann und halb

bewährt. Es ist unter allen Willenskundgebungen der Arbeiterklasse, bei denen diese sich nicht selbst ans Messer liefert, die eindrucksvollste.

6. Allerdings ist der politische Streik keine unfehlbare, jederzeit nach Willkür in Anwendung zu bringende Waffe. Er ist zunächst nur wirksam, wenn er von sehr großen Massen ausgeübt wird. Nach den Erfahrungen anderer Länder zu schließen, würde er z. B. in Preußen wenig Wirkung haben, wenn sich nicht schon in der Hauptstadt allein hunderttausende von Arbeitern an ihm beteiligten.

7. So große Massen sind aber nur bei tiefgreifender Erregung zur gemeinsamen Arbeitsniederlegung zu bewegen. Aus diesem Grunde verbietet es sich, mit der Idee des politischen Massenstreiks irgend ein Spiel oder Sport zu treiben. Leichtfertige Inszenierung von politischen Streiks ist nicht anders zu beurteilen, wie ehedem die leichtfertige Inszenierung von Barrikadenputschen, das heißt, sie ist als zwecklose Aufopferung von Existenzen zu verwerfen.

8. Ganz falsch ist ferner die Idee, durch wiederholte Versuche mit kleinen politischen Streiks zum allgemeinen politischen Streik zu „erziehen". Mißglückte Versuche erziehen nicht, sondern schrecken ab.

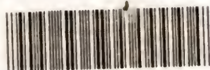
9. Ebenso ist die Idee zu verwerfen, als könne durch einen großen Massenstreik die Umwälzung der ganzen heutigen Wirtschaftsordnung in eine sozialistische oder kommunistische bewirkt werden. Sie beruht auf völliger Verkennung der Vorbedingungen einer solchen Umwälzung und ist nur geeignet, gegebenenfalls zu den verkehrtesten Maßnahmen zu verleiten.

10. Der politische Massenstreik wird in den großen Städten schwerlich ohne Erscheinen der Massen in den Straßen durchzuführen sein. Andererseits kann aber solches Erscheinen der Massen seinen Eindruck und damit seine Wirkungskraft sehr erhöhen. Es ist jedoch im Auge zu behalten, daß jeder Kampf schlecht oder mangelhaft bewaffneter Massen mit der geschulten, gut ausgerüsteten und einheitlich eingeführten Macht die größte Wahrscheinlichkeit einer Niederlage der ersteren mit ihren demoralisierenden Folgen in sich trägt. Aus diesem Grunde muß danach gestrebt werden, es nicht zu solchem Zusammenstoß zu treiben, sondern dem Streik nach Möglichkeit den Charakter einer gewaltlosen Demonstration zu wahren.

11. Die Widerstandskraft großer Massen, die sich nicht provozieren lassen, aber ohne Furcht vor Verhaftungen usw. zum Beharren entschlossen sind, ist eine außerordentliche. Der Zweck des Massenstreiks ist nicht, den Gegner niederzuschlagen, sondern ihn durch Ermüdung usw. zum Nachgeben zu bewegen.

12. Der politische Massenstreik erheischt für den Erfolg nicht nur die Mitwirkung sehr großer Massen, sondern auch die Konzentrierung des Geistes dieser Massen auf ganz bestimmt begrenzte Ziele. Unbestimmte, ins allgemeine gehende Absichten tragen den Keim des Mißerfolges in sich. Je einheitlicher, je fester vorgezeichnet das Ziel, je abgegrenzter der Angriffspunkt, um so wahrscheinlicher der Erfolg.




89092541499
B89092541499A